

Wasserstadt: Bürger sollen mitreden

Für Neubaugebiet in Limmer sind Foren wie bei Boehringer und Netrada geplant

VON CONRAD VON MEDING

Die Stadt geht auf die Kritik ein, die sich an der Neuplanung für das Baugebiet Wasserstadt Limmer entzündet hat. Noch vor der Sommerpause soll es zwei öffentliche Diskussionsforen geben, in denen die Bauverwaltung alle Informationen zur Planung offenlegt. Dort sollen Interessierte auch alle Gutachter mit Fragen löchern dürfen. Die Veranstaltungen sollen offiziell auch Teil der frühzeitigen Bürgerbeteiligung werden, die die Stadt komplett neu aufrollt. Zudem soll es, wie gefordert, eine unabhängige Anwaltsplanung geben.

„Wenn sich auf dieser Basis ein echter Dialog entwickelt, in dem Bürger das Projekt wirklich mitgestalten dürfen, dann sind wir auf einem guten Weg“, sagte Bezirksbürgermeister Jörg-Rainer Grabe gestern. Er gehörte bisher zu den Kritikern der erweiterten Bauplanung.

Auf dem Gelände der ehemaligen Conti-Reifenwerke zwischen Leineabstiegskanal und Stichkanal soll ab Sommer das Neubaugebiet Wasserstadt Limmer entstehen. Zwölf Jahre lang war das Gebiet mit Sprengungen, Abrissen und Bodensanierungen vorbereitet worden – stets ging die Planung von rund 650 Wohnungen aus. Angesichts einer zunehmenden Wohnungsknappheit besonders im Bezirk Linden-Limmer hat die Stadt jetzt aber die Planung überarbeitet und vorgeschlagen, bis zu 2200 Wohnungen bauen zu lassen. Das würde einen Zuzug von rund 5000 Menschen nach Limmer bedeuten. An vier Stellen sind sogar achtgeschossige Gebäude vorgesehen – im Stadtteil wächst seitdem die Sorge, dass der Verkehr zusammenbricht und die Stadtteilidentität verschwindet.

Die Kritik hatte sich vor allem auch daran entzündet, dass die gesetzlich vorgeschriebene frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Grundlage der alten Zahlen

vorgenommen worden war und nun als Blankoscheck für die vergrößerte Bebauung erhalten sollte. An dieser Auslegung des Baugesetzbuches gab es ernsthafte juristische Zweifel. Darauf reagiert nun die Stadt.

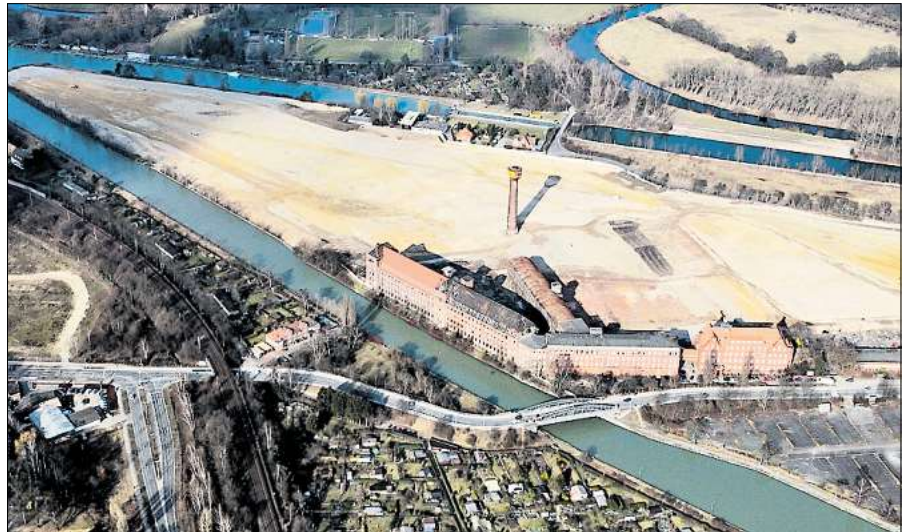
■ **Bürgerbeteiligung startet neu:** Die Bauverwaltung setzt den Beteiligungsstatus auf Null zurück, sucht aber gleichzeitig nach neuen Formen für die Beteiligung. So sollen die Unterlagen für das Projekt nicht nur, wie sonst üblich, im Bauamt zur Einsichtnahme ausliegen. Stattdessen stellt sich die Stadt in den zwei Diskussionsveranstaltungen den Argumenten oder Fragen der Skeptiker. Die Ergebnisse dieses Prozesses münden normalerweise in einer Abwägung, die Stadtmitarbeiter vornehmen und der Rat dann beschließt. Diesmal soll die Abwägung gemeinsam mit Stadtteilakteuren in einem Workshop vorgenommen werden – das hat es in Hannover noch nicht

gegeben. Sanierungskommission und Bezirksrat sollen nach Ostern über dieses Vorgehen entscheiden.

■ **Anwaltsplanung kommt:** Wie schon am Kronsberg und in vielen Sanierungsstadtteilen soll eine externe Anwaltsplanung die Interessen von Neubürgern und Anliegern wahrnehmen und fachlich Rat geben. Das hatte die rot-grüne Ratsmehrheit gefordert.

■ **Baustellenkommunikation geplant:** Die Stadt verpflichtet den Investor, auf dem Grundstück einen Infopunkt einzurichten, auf dem über Planungsstand und Baufortschritt berichtet wird.

Überraschend: In der städtischen Mitteilung, die gestern zu dem Thema verschickt wurde, ist bereits nicht mehr von 2200 neuen Wohneinheiten die Rede, sondern von 2000. Davon sollten 1800 in Geschosswohnungen, 200 in Einfamilienhäusern errichtet werden. Die genaue Zahl muss später der Rat festlegen.



Vorbereitet für den Wohnungsbau: Das Gelände der künftigen Wasserstadt Limmer.